

MARKTGEMEINDEAMT SCHRUNS
Hauptverwaltung

Schruns, den 29.3.1974

Verhandlungsschrift

über die am DONNERSTAG, dem 28.3.1974 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 31. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bürgermeister Isele Eugen als Vorsitzender,
Vizebgm. Wekerle Harald,
die Gemeinderäte Hutter Josef, Schmidt Karl,
Erhart Ludwig und Düngler Rudolf,
sowie die GemeindeVertreter und Ersatzmänner
Brugger Georg, Vonbank Peter, Juen Franz Josef,
Kleber Ludwig, Schreiber Jakob, Vonier Robert,
Dr. Sander Hermann und Waldberg Johann für die ÖVP;
Ganahl Edmund, Dkfm. Piske Jürgen und Mühlbacher
Herbert für die ORTSPARTEI;
Bitschnau Werner und Keßler Emil für die SPÖ,
Prof. Fritz Josef und Fiel Franz jr. für die FPÖ;
Referent: GdeKassier Fenkart Karl
Schriftführers GSEkr. Marchetti Herbert.

Entschuldigt abwesend: Schnetzer Ludwig, Wachter Franz,
Dipl. Ing. Karl Ludwig Jäger und Gantner Christian.

Die Beschlußfähigkeit ist gegeben, die Zustellung der Einladung zur gegenständlichen Sitzung der Gemeindevertretung erfolgte den Bestimmungen des Gemeindegesetzes nach zeitgerecht.

Erledigte
Tagesordnung

- 1.) Gebühren, Steuern und Abgaben für das Jahr 1974
- 2.) Voranschlag 1974.
- 3.) Dienstpostenplan 1974.
- 4c) Darlehensaufnahmen lt. Voranschlag 1974s
- 5.) Standort Heimatmuseum
- 6.) Wahl des Jagdausschusses
- 7.) Umstellung der Finanzbuchhaltung auf Buchungsautomaten ab 1975.
- 8.) Ausbau der Silbertalerstraße; Grundablöse Erhart Ludwig.

Vor Eingang in die Tagesordnung hält der Vorsitzende einen ehrenden Nachruf für den am 3.2.1974 verstorbenen, langjährigen Gemeinderat Franz Durig. Die Anwesenden erheben sich von ihren Sitzen.

zu 1.) Wie Vizebgm. Wekerle in seiner Eigenschaft als Finanzreferent eingangs erklärt, sind für das Jahr 1974 verschiedene Gebührenerhöhungen unumgänglich geworden. Teils resultieren sie aus den großen Investitionen im Fremdenverkehr, teils aus der Verpflichtung, kostendeckende Gebühren zu erheben, um nicht der Blindes - und Landeszuschüsse verlustig zu werden.

So ergeben sich nachfolgende Veränderungen gegenüber dem Jahre 1973

Fremdenverkehrsbeitrag:

a) Privatzimmervermieter und Fremdenbeherbergungsbetriebe
ganzjährig, je abgabepflichtigen Gast
pro Nächtigung

bis S 0,20

ab 1.5.1974 S 2,--

b) Betriebe und Personen als mittelbare und
unmittelbare Nutznießer des Fremdenverkehrs
(Punkteverumlagerung)

65.000 Punkte à S 13.--

Die Kanalbenützungsgebühren werden für den Normalwasserbezug von S 1,50 auf S 2,50 und für den Überbezug von S 2,50 auf S 3,50 erhöht.

Die Wasserbezugsgebühren erfahren ebenfalls eine Erhöhung von 1,50 S auf 2,50 S für den Normalwasserbezug und von S 2,50 auf S 3,50 für den Überwasserbezug.

GV. Keßler Emil kritisiert die Wasser - und Kanalgebührenerhöhung, die sich zwischen 40 und 67% bewege.

Er vertritt die Ansicht, daß eine Differenzierung zwischen wasserintensiven und wasserarmen Gewerbebetrieben und vor allem eine Erleichterung für kinderreiche Familien eingebaut werden müßte. Auch GV. Ganahl Edmund schließt sich dieser Meinung an. Vbgm. Wekerle, wie auch Dkfm. Jürgen Piske geben zu bedenken, daß bei der Einführung verschiedener Gebührensätze die Verwaltung in einem nicht vertretbaren Ausmaß belastet würde. GR. Düngler Rudolf stellt den Antrag, daß als Ausgleich der Normalwasserbezug für jeden Haushalt um 20 m³ jährlich angehoben werden soll. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen von Kieber Ludwig, Vonbank Peter, Juen Franz Josef und Brugger Georg stimmenmehrheitlich angenommen.

EM. Waldberg Johann weist im Zusammenhang mit der Erhöhung der Fremdenverkehrsbeiträge darauf hin, daß Fremdenheime und Gewerbebetriebe zusätzliche Belastungen durch die Punkteverumlagerung zu tragen haben, während Privatzimmervermieter davon nicht betroffen werden. Vor allem die Konzessionsberechtigung eines Fremdenheimes beinhaltet ausschließlich das Recht zur Zimmervermietung mit Frühstück - genau wie der Privatzimmervermieter. Dkfm. Piske macht noch darauf aufmerksam, daß die zu erwartende Erhöhung der Gästetaxe für das Jahr 1975 rechtzeitig beschlossenen werden müsse, damit dies seitens der Vermieter bei der Preisbildung berücksichtigt werden kann.

Die Pauschalierung der Gästetaxe für Appartements, Ferienhäuser und Zweitwohnungen wird für nicht in Schruns wohnhafte Besitzer mit 150 gästetaxpflichtigen Übernachtungen pro Bett festgelegt.

Bei in Schruns wohnhaften Vermietern beträgt der Satz 120 gästepflichtige Übernachtungen pro Bett, da die Selbstbewohnung in Abzug zu bringen ist.

-3-

Die Müllabfuhrgebühren werden wie folgt erhöht:

Mindestteilnahmegebühr pro Haushalt/Halbjahr	S 100.-
Mindestteilnahmegebühr pro Betrieb/Halbjahr	S 220.-
je 25 Liter Eimer /Halbjahr	S 100.-
35 Liter Eimer /Halbjahr	S 140.-
je 55 Liter Eimer /Halbjahr	S 220.-
je Container /Halbjahr	S 1600.-

bei Selbstanlieferung von Müll auf die Deponie in Schruns-Rafanegg werden folgende Gebühren festgesetzt:

Sack, Kisten, Schachteln, Kleinmüll	S 10.-
PKW (Kofferraum)	S 15.-
Kombifahrzeuge	S 30.-
Kleintransporter (VW-Bus etc.)	S 50.-
Einachsanhänger	S 50.-
LKW und Zweiachsanhänger	S 80.-

Der Preis für Müllsäcke wird mit S 8.- inkl. Abfuhr beibehalten.

Abschließend werden über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses die Steuern, Gebühren und Abgaben der Marktgemeinde Schruns für das Jahr 1974 einstimmig beschlossen.

Zu 2.) Vizebgm. Wekerle erläutert einleitend den Voranschlag 1974 und begründet dabei insbesondere die Notwendigkeit der Darlehensaufnahme in Höhe von 14 Millionen Schilling zur Bedeckung des Budgets. Er verweist dabei auf die Kosten des Kanal- Wasser- und Straßenbaues, der Errichtung des Mehrzweckhauses und die finanziellen Belastungen aus dem Alpenbad Montafon, den Tennisplätzen und der Beteiligung am Zentrumspark - Projekt mit seinen öffentlichen Einrichtungen.

In diesem Zusammenhang verweist er auch auf die Ungerechtigkeit des Finanzausgleiches, der wie in anderen Fremdenverkehrsgemeinden den Umstand nicht berücksichtigt, daß die Marktgemeinde Schruns nicht nur für ihre 3.800 Einwohner, sondern in der Spitzenzeit für 8.000 Personen infrastrukturelle Einrichtungen schaffen muß. Bei der derzeitigen Lage der Gemeindefinanzen müsse auf dem Investitionssektor eine Atempause eintreten. Seitens der Vorarlberger Illwerke AG. Sei eine Nachzahlung an Gewerbesteuer aus den letzten Jahren in Höhe von 2 Millionen Schilling zu erwarten. Über die Verwendung dieser Mittel wäre in einem Nachtragsbudget zu beraten.

Anschließend kommen die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Haushaltsgruppen zur Verlesung.

Gruppe 0 Allgemeine Verwaltung:
Einnahmen

623.000.-

Ausgaben 2.055.000.-

Keine Debatte.

Gruppe 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit:

Einnahmen 70.000.-

Ausgaben 380.000.-

Keine Debatte.

-4-

Gruppe 2 Schulwesen:

Einnahmen 1.829.000.-

Ausgaben 3.225.000.-

Hiezu bemerkt GV. Ganahl Edmund, daß die Dotierung für Lehrmittel an der Volksschule Schruns im Vergleich zum Jahre 1967 um 20%, für den Polytechnischen Lehrgang sogar um 25% zurückgegangen ist. Außerdem seien die für Gemeinschaftsveranstaltungen dringend benötigten 100 Stühle (Kostenpunkt ca. S 70.000.-) gestrichen worden. Der Vorsitzende erwidert, daß bei einem dringenden Bedarf an Lehrmitteln seitens des Gemeindevorstandes bisher immer den berechtigten Wünschen der Schule das notwendige Verständnis entgegengebracht wurde. Bezüglich der Bestuhlung wird im Hinblick auf den Neubau des Kultursaaes vorgeschlagen, daß vorläufig die Stühle der Hauptschulaula mitverwendet werden sollen.

Gruppe 3 Kultuswesen:

Einnahmen 398.000.-

Ausgaben 770.000.-

GV. Ganahl Edmund weist darauf hin, daß eine Neuordnung in der Hausnumerierung dringend notwendig ist, da sich bei der jetzigen fortlaufenden Numerierung niemand mehr orientieren könne. Dr. Hermann Sander entgegnet hiezu, daß die Vorarbeiten bereits seit zwei Jahren abgeschlossen wurden. Es sei aber nicht möglich, diese Vorarbeiten zielführend zu verwerten, solange die Raumordnungsplanung und das Verkehrskonzept nicht vorliege. Die Neuorganisation der Hausnumerierung nach Straßenzügen könne infolge der Tangierung verschiedener Ämter und Behörden (Grundbuch, Post usw.) nur im Gesamten durchgeführt werden.

Gruppe 4 Fürsorgewesen und Jugendhilfe

Einnahmen 661.000.-

Aufgaben 1.566.000.-

keine Debatte.

Gruppe 5 Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung:

Einnahmen 4.243.000.-

Ausgaben 6.231.000.-

GV. Edmund Ganahl stellt fest, daß die ärztliche Versorgung der Bevölkerung im Außermonatofon immer noch problematisch sei. Auch die Bettenauslastung im Krankenhaus St. Josefsheim mit 66% sei nicht zufriedenstellend. Dr. Hermann Sander entgegnet, daß im Vorjahr der Gemeindearzt und ein Internist ihre Tätigkeit aufgenommen haben und dadurch die Bettenauslastung im Spital St. Josefsheim 1974 bedeutend besser sein werde. Bezüglich der ärztlichen Versorgung weist er darauf

hin, daß seitens der Ärztekammer ein© Planstelle für einen Facharzt für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe bewilligt ist. Man habe bereits mit dem seit mehreren Jahren im Stadtspital Bludenz tätigen Arzt Dr. Nyirady Kontakt aufgenommen, der aber wegen seiner noch laufenden fachärztlichen Ausbildung erst ab 1.9.1975 in Schruns eine Praxis eröffnen könnte.

-5-

Hiezu sei es auch unumgänglich notwendig, daß im Spital St. Josefsheim entsprechende Verbesserungen geschaffen werden, damit dort auch gynäkologische Operationen durchgeführt werden können. Die Anfrage von GV. Emil Keßler bezüglich der Niederlassung eines Kinderarztes beantwortet GV. Dr. Sander dahingehend, daß auch ein Kinderarzt in Schruns existieren könnte, wenn ihm die gesamten prophylaktischen Untersuchungen, die im Zusammenhang mit der erhöhten Geburtenbeihilfe notwendig sind, übertragen würden.

Gruppe 6 Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen:

Einnahmen	3.083.000.-
Ausgaben	7.080.000.-

GV Keßler urgiert dringend die rasche Fortführung der Raumplanung.

Gruppe 7 Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung:

Einnahmen	4.718.000.-
Ausgaben	17.571.000.-

GV Prof. Fritz Josef macht darauf aufmerksam, daß beim Friedhof dringend Dachreparaturarbeiten durchzuführen [sind/seien]. Es sei daher notwendig, die entsprechenden vertraglichen Vereinbarungen mit dem Pfarrherrn über die Übernahme des Friedhofes in die Verwaltung der Gemeinde baldmöglichst abzuschließen. GV Juen Franz Josef erwidert, daß der derzeitige Gesundheitszustand des Pfarrherrn keine Verhandlungen zulasse. Man müsse versuchen, daß der Herr Kaplan Böhler in Vertretung des Pfarrherrn in dieser Angelegenheit tätig werden kann. GV Ganahl Edmund stellt fest, daß die vom Fremdenverkehrsausschuß eingehend beratenen und beantragten Mittel für den Ausbau der Wanderwege stark gekürzt wurden. Er schlägt daher eine Umschichtung der Minderausgaben für Prospekte auf den Wanderwegen vor.

Gruppe 8 Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen:

Einnahmen	3.750.000.-
Ausgaben	3.751.000.-

Keine Debatte.

Gruppe 9 Finanz- und Vermögensverwaltung:

Einnahmen	16.850.000.-
Ausgaben	3.582.000.-

Keine Debatte.

Abschließend wird der Voranschlag 1974 über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses wie folgt genehmigt:

-6-

Einnahmen aus der Vermögensgebarung:	S 14.462.000.-
Einnahmen aus der Erfolgsgebarung:	S 36.225.000.-
Einnahmen der Haushaltsgebarung:	S 50.682.000.-
Ausgaben aus der Vermögensgebarung:	S 4.734.000.-
Ausgaben aus der Erfolgsgebarung:	S 46.211.000.-
Ausgaben der Haushaltsgebarung:	S 50.945.000.-

Der sich ergebende Abgang von S 258.000.- wird durch Entnahme aus Kassabeständen gedeckt. Damit erscheint der Voranschlag 1974 mit Einnahmen und Ausgaben von je S 50.945.000.- ausgeglichen.

Die Abstimmung erfolgt stimmenmehrheitlich. GV. Mühlbacher Herbert stimmt dagegen mit der Begründung, daß im Voranschlag 1974 keine Mittel für den Umweltschutz vorgesehen seien.

zu 3.) Der Dienstpostenplan 1974, welcher mit 6 Beamten und 11 Angestellten in der Hoheitsverwaltung keine Veränderung gegenüber dem Jahr 1973 erfahren hat, wird ohne Debatte einstimmig genehmigt.

zu 4.) Darlehensaufnahmen werden wie folgt einstimmig beschlossen:

a) beim Wasserwirtschaftsfond	S 2.500.000.-
b) bei der Raiffeisenbank f. Montafon in Schruns (Hypothekarlast Grundankauf Fa. Jakob Zuderell, Schruns) zu banküblichen Zinsen und einer Laufzeit von 10 - 15 Jahren	S 1.500.000.-
c) bei der Raiffeisen f. Montafon in Schruns zu banküblichen Zinsen und einer Laufzeit von 10 Jahren	S 1.000.000.-
d) bei der Hypothekenbank des Landes Vorarlberg zu banküblichen Zinsen und einer Laufzeit von 10 Jahren	S 5.000.000.-
e) bei der Vorarlberger Landesfeuersicherungsanstalt Bregenz Zu 9% und einer Laufzeit von 10 Jahren	S 2.000.000.-

Zu 5.) Der Vorsitzende wie auch Vbgm. Wekerle erläutern die Vorgeschichte und die bestehende Situation bezüglich der

Unterbringung des Montafoner Heimatmuseums. Wie sich dabei in mehrmaligen Verhandlungen gezeigt habe, beharren die Vertreter Heimatschutzvereines auf ihrem Standpunkt, daß das Heimatmuseum im ehem. Gendameriegebäude am Kirchplatz untergebracht werden müsse. In längerer eingehender Debatte wird festgestellt, daß die Vertreter des Heimatschutzvereines wiederholt erklärt haben, daß sie nichts gegen den Willen der Gemeinde Schruns bzw. der Gemeindevertretung unternehmen werden. Die Verhandlungsergebnisse hätten jedoch das Gegenteil gezeigt. Die finanziellen Auswirkungen für die Talgemeinden seien nicht zu überblicken, da seitens des Heimatschutzvereines bei der Finanzierung eine „Illwerkespende“ und das Durig-Erbe mit einbezogen werde und andererseits der Finanzaufwand für die Verlegung der Musikschule Montafon außer Acht gelassen wird.

Die Marktgemeinde Schruns befinde sich in einer gewissen Zwangslage, da der Baufortschritt beim Mehrzweckhaus eine

-7-

sofortige Entscheidung verlangt. Gemeindevorstand und Finanzausschuß haben daher nach eingehender Beratung nachstehenden Antrag an die Gemeindevertretung gestellt:

„Die Marktgemeinde Schruns vertritt nach wie vor die Ansicht, daß der richtige Standort für das Montafoner Heimatmuseum im Neubau des Mehrzweckhauses wäre. Eine einvernehmliche Lösung im Sinne der Gemeinde Schruns erscheint aufgrund der abgegebenen Erklärungen unmöglich. Wegen der Verhärtung der Standpunkte zieht die Marktgemeinde Schruns das an den Stand Montafon gestellte Finanzierungsangebot zurück und überläßt die gesamte Museumsangelegenheit dem Stand Montafon. Eine Finanzierung seitens der Marktgemeinde Schruns kommt nur im Rahmen der Standesumlage in Frage, wofür die Marktgemeinde Schruns das zweckgebundene Durig-Erbe heranziehen kann.“

In der abschließenden Abstimmung wird dieser Antrag stimmenmehrheitlich angenommen. Jakob Schreiber, Dr. Sander Hermann, Emil Keßler und Prof. Josef Fritz stimmen dagegen mit der Begründung, daß nach ihrer Ansicht vom gefaßten Beschluß nicht abgegangen werden sollte.

In diesem Zusammenhang ergibt sich noch eine Debatte über die Verwendung des Obergeschosses im Mehrzweckhaus.

Prof. Fritz verweist auf die Problematik der statistischen Aufzeichnungen über die Geburtenjahrgänge bezüglich des Klassenbedarfes für die Errichtung des 2. Klassenzuges an der Hauptschule Schruns (Verlegung d. Gemeindeverwaltung).

Zu 6.) In den Jagdausschuß werden gemäß § 16 Jagdgesetz LGBI. Hr. 8/1945 auf die Dauer von sieben Jahren einstimmig gewählt:

ÖVP: Erhart Ludwig,	Schruns 766
Schnitzer Ludwig,	Schruns 303
Ersatzmänner:	
Stemer Thilbert,	Schruns 321
Aßmann Elias,	Schruns 131

ORTSPARTEI

Gantner Christian, Schruns 60
Ersatmann:
Bitschnau Arnold, Schruns 693

SFÖ: Bitschnau Werner, Schruns 718
Ersatzmann:
Durig Werner, Schruns 194

FPÖ: Konzett Manfred, Schruns 282

zu 7.) Die Gemeindeverwaltung wird angewiesen, die notwendigen Vorarbeiten für die Umstellung der derzeitigen Finanzbuchhaltung auf einen Kleincomputer durchzuführen.
Dieser Antrag von Vbgm. Wekerle wird einstimmig angenommen.

Zu 8.) Nach einer vom Gemeindebautechniker erstellten Zusammenstellung der Ablösesumme für Erhart Ludwig beträgt die Gesamtablösesumme S 808.000.-. Von diesem Betrag hat die Marktgemeinde Schruns S 472.250.- S und das Land Vorarlberg S 335.750.- zu bezahlen. Der Grundbesitzer Erhart Ludwig hat einen Zusatz-Grundeinlösungsvertrag am 12.3.1974 unterzeichnet und beantragt nun eine zusätzliche Wertsicherung der Ablösesumme von 1971 (Zeitpunkt der Grundinanspruchnahme) bis 1974. Nach Abgabe einer diesbezüglichen Stellungnahme verläßt GM. Erhart Ludwig wegen Befangenheit den Sitzungsraum.
Vbgm. Wekerle vertritt die Ansicht, daß mit den im Vertrag

-8-

aufgenommenen Mehrleistungen von S 10.-/m² die Wertminderung abgefangen wäre. GV. Kieber Ludwig verweist auf den besonderen Härtefall und ist der Meinung, daß ein Betrag von S 50.000.- zusätzlich, wie von Erhart beantragt, zu verantworten wäre.

Über Antrag von GV. Brugger Georg wird stimmenmehrheitlich dem Grundablösungsvertrag die Zustimmung erteilt.
Bezüglich der Wertsicherung sollen nochmals mit Erhart Verhandlungsgespräche geführt werden.
(Gegenstimme Kieber Ludwig mit Begründung wie obenstehend).

Gegen die Verhandlungsschrift über die vorausgegangene 30. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

Ende der Beratung: 01.00 Uhr

Der Schriftführer:

GSekr.

Der Vorsitzende:

Bürgermeister

MARKTGEMEINDEAMT SCHRUNS
Hauptverwaltung

Schruns, den 29.3.1974.

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

Über die am DONNERSTAG, dem 28.3.1974 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 31. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bürgermeister Jsele Eugen als Vorsitzender, Vizebgm. Wekerle Harald, die Gemeinderäte Hutter Josef, Schmidt Karl, Erhart Ludwig und Dügler Rudolf, sowie die Gemeindevertreter und Ersatzmänner Brugger Georg, Vonbank Peter, Juen Franz Josef, Kieber Ludwig, Schweiber Jakob, Vonier Robert, Dr. Sander Hermann und Waldberg Johann für die ÖVP, Ganahl Edmund, Dkfm. Piske Jürgen und Mühlbacher Herbert für die ORTSPARTEI, Bitschnau Werner und Kessler Emil für die SPÖ, Hof. Fritz Josef und Fiel Franz jr. für die FPÖ.
Referent: GdeKassier Fenkart Karl,
Schriftführer: GSekr. Marchetti Herbert.

Entschuldigt abwesend: Schnetzer Ludwig, Wachter Franz, Dipl. Ing. Karl Ludwig Jäger und Gantner Christian.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Zustellung der Einladung zur gegenständlichen Sitzung der Gemeindevertretung erfolgte den Bestimmungen des Gemeindegesetzes nach zeitgerecht.

Erledigte

T a g e s o r d n u n g :

- 1.) Gebühren, Steuern und Abgaben für das Jahr 1974.
- 2.) Voranschlag 1974.
- 3.) Dienstpostenplan 1974.
- 4.) Darlehensaufnahmen lt. Voranschlag 1974.
- 5.) Standort Heimatmuseum.
- 6.) Wahl des Jagdausschusses
- 7.) Umstellung der Finanzbuchhaltung auf Buchungsautomaten ab 1975.
- 8.) Ausbau der Silbertalerstraße; Grundablöse Erhart Ludwig.

Vor Eingang in die Tagesordnung hält der Vorsitzende einen ehrenden Nachruf für den am 3.2.1974 verstorbenen, langjährigen Gemeinderat Franz Durig. Die Anwesenden erheben sich von ihren Sitzen.

zu 1.) Wie Vizebgm. Wekerle in seiner Eigenschaft als Finanzreferent eingangs erklärt, sind für das Jahr 1974 verschiedene Gebührenerhöhungen unumgänglich geworden. Teils resultieren sie aus den großen Investitionen im Fremdenverkehr, teils aus der Verpflichtung, kostendeckende Gebühren zu erheben, um nicht der Bundes- und Landeszuschüsse verlustig zu werden.
So ergeben sich nachfolgende Veränderungen gegenüber

dem Jahre 1973 :

Fremdenverkehrsbeitrag :

- a) Privatzimmervermieter und Fremdenbeherbergungs-
betriebe ganzjährig, je abgabepflichtigen Gast
pro Nächtigung
bis 30.4.1974 S 0.50
ab 1.5.1974 S 2.--
- b) Betriebe und Personen als mittelbare und
unmittelbare Nutznießer des Fremden-
verkehrs (Punkteverumlagerung)
65.000 Punkte a S 13.--
(bisher 50.000 Punkte a S 11.--)

Die Kanalbenützungsgebühren werden für den Normal-
wasserbezug von S 1.50 auf S 2.50 und für den
Überbezug von S 2.50 auf S 3.50 erhöht.

Die Wasserbezugsgebühren erfahren ebenfalls eine
Erhöhung von 1.50 S auf 2.50 S für den Normal-
wasserbezug und von S 2.50 auf S 3.50 für den
Überwasserbezug.

GV. Keßler Emil kritisiert die Wasser - und Kanal-
gebührenerhöhung, die sich zwischen 40 und 67% bewege.
Er vertritt die Ansicht, daß eine Differenzierung zwischen
wasserintensiven und wasserarmen Gewerbebetrieben und
vor allem eine Erleichterung für kinderreiche Familien
eingebaut werden müßte. Auch GV. Ganahl Edmund schließt
sich dieser Meinung an. VbGm. Wekerle, wie auch Dkfm.
Jürgen Piske geben zu bedenken, daß bei der Einführung
verschiedener Gebührensätze die Verwaltung in einem nicht
vertretbaren Ausmaß belastet würde. GR. Dügler Rudolf
stellt den Antrag, daß als Ausgleich der Normalwasserbezug
für jeden Haushalt um 20 m³ jährlich angehoben werden soll.
Dieser Antrag wird gegen die Stimmen von Kieber Ludwig,
Vonbank Peter, Juen Franz Josef und Brugger Georg
stimmenmehrheitlich angenommen.

EM. Waldberg Johann weist im Zusammenhang mit der Er-
höhung der Fremdenverkehrsbeiträge darauf hin, daß
Fremdenheime und Gewerbebetriebe zusätzliche Belastungen
durch die Punkteverumlagerung zu tragen haben, während
Privatzimmervermieter davon nicht betroffen werden. Vor
allem die Konzessionsberechtigung eines Fremdenheimes
beinhalte ausschließlich das Recht zur Zimmervermietung
mit Frühstück - genau wie der Privatzimmervermieter.
Dkfm. Piske macht noch darauf aufmerksam, daß die zu
erwartende Erhöhung der Gästetaxe für das Jahr 1975 recht-
zeitig beschlossen werden müsse, damit dies seitens der
Vermieter bei der Preisbildung berücksichtigt werden kann.

Die Pauschalierung der Gästetaxe für Appartements,
Ferienhäuser und Zweitwohnungen wird für nicht in
Schrums wohnhafte Besitzer mit 150 gästetaxpflichtigen
Übernachtungen pro Bett festgelegt.

Bei in Schrums wohnhaften Vermietern beträgt der Satz
120 gästetaxpflichtige Übernachtungen pro Bett, da die
Selbstbewohnung in Abzug zu bringen ist.

Die Müllabfuhrgebühren werden wie folgt erhöht :

Mindestteilnahmegebühr pro Haushalt /Halbjahr	S 100.-
Mindestteilnahmegebühr pro Betrieb /Halbjahr	S 220.-
je 25 Liter Eimer /Halbjahr	S 100.-
je 35 Liter Eimer /Halbjahr	S 140.-
je 55 Liter Eimer /Halbjahr	S 220.-
je Container /Halbjahr	S 1600.-

bei Selbstanlieferung von Müll auf die Deponie in Schruns-Rafanegg werden folgende Gebühren festgesetzt :

Sack, Kisten, Schachteln, Kleinmüll	S 10.-
PKW (Kofferraum)	S 15.-
Kombifahrzeuge	S 30.-
Kleintransporter (VW - Bus etc.)	S 50.-
Einachsanhänger	S 50.-
LKW und Zweiachsanhänger	S 80.-

Der Preis für Müllsäcke wird mit S 8.- inkl. Abfuhr beibehalten .

Abschließend werden über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses die Steuern, Gebühren und Abgaben der Marktgemeinde Schruns für das Jahr 1974 einstimmig beschlossen .

zu 2.) Vizebgm. Wekerle erläutert einleitend den Voranschlag 1974 und begründet dabei insbesondere die Notwendigkeit der Darlehensaufnahme in Höhe von 14 Millionen Schilling zur Bedeckung des Budgets. Er verweist dabei auf die Kosten des Kanal - Wasser - und Straßenbaues, der Errichtung des Mehrzweckhauses und die finanziellen Belastungen aus dem Alpenbad Montafon, den Tennisplätzen und der Beteiligung am Zentrumspark - Projekt mit seinen öffentlichen Einrichtungen. In diesem Zusammenhang verweist er auch auf die Ungerechtigkeit des Finanzausgleiches, der wie in anderen Fremdenverkehrsgemeinden den Umstand nicht berücksichtigt, daß die Marktgemeinde Schruns nicht nur für ihre 3.800 Einwohner, sondern in der Spitzenzeit für 8.000 Personen infrastrukturelle Einrichtungen schaffen muß. Bei der derzeitigen Lage der Gemeindefinanzen müsse auf dem Investitionssektor eine Atempause eintreten. Seitens der Vorarlberger Illwerke AG. sei eine Nachzahlung an Gewerbesteuer aus den letzten Jahren, in Höhe von ca. 2 Millionen Schilling zu erwarten. Über die Verwendung dieser Mittel wäre in einem Nachtragsbudget zu beraten.

Anschließend kommen die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Haushaltsgruppen zur Verlesung .

Gruppe 0 Allgemeine Verwaltung :

Einnahmen	623.000.-
Ausgaben	2055.000.-

Keine Debatte .

Gruppe 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit:

Einnahmen	70.000.-
Ausgaben	380.000.-

keine Debatte .

Gruppe 2 Schulwesen :

Einnahmen	1829.000.-
Ausgaben	3225.000.-

Hiezu bemerkt GV. Ganahl Edmund, daß die Dotierung für Lehrmittel an der Volksschule Schruns im Vergleich zum Jahre 1967 um 20 % , für den Polytechnischen Lehrgang sogar um 25 % zurückgegangen ist. Außerdem seien die für Gemeinschaftsveranstaltungen dringend benötigten 100 Stühle (Kostenpunkt ca. S 70.000.-) gestrichen worden. Der Vorsitzende erwidert , daß bei einem dringenden Bedarf an Lehrmitteln seitens des Gemeindevorstandes bisher immer den berechtigten Wünschen der Schule das notwendige Verständnis entgegengebracht wurde. Bezüglich der Bestuhlung wird im Hinblick auf den Neubau des Kultur-saales vorgeschlagen, daß vorläufig die Stühle der Hauptschulaula mitverwendet werden sollen.

Gruppe 3 Kulturwesen :

Einnahmen	398.000.-
Ausgaben	770.000.-

GV. Ganahl Edmund weist darauf hin, daß eine Neuordnung in der Hausnummerierung dringend notwendig ist, da sich bei der jetzigen fortlaufenden Numerierung niemand mehr orientieren könne. Dr. Hermann Sander entgegnete hiezu, daß die Vorarbeiten bereits seit zwei Jahren abgeschlossen wurden. Es sei aber nicht möglich, diese Vorarbeiten zielführend zu verwerten, solange die Raumordnungsplanung und das Verkehrskonzept nicht vorliege. Die Neuorganisation der Hausnummerierung nach Straßenzügen könne infolge der Tangierung verschiedener Ämter und Behörden (Grundbuch, Post usw.) nur im Gesamten durchgeführt werden.

Gruppe 4 Fürsorgewesen und Jugendhilfe :

Einnahmen	661.000.-
Ausgaben	1566.000.-

keine Debatte.

Gruppe 5 Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung:

Einnahmen	4243.000.-
Ausgaben	6231.000.-

GV. Edmund Ganahl stellt fest, daß die ärztliche Versorgung der Bevölkerung im Außermtafon immer noch problematisch sei. Auch die Bettenauslastung im Krankenhaus St. Josefsheim mit 66% sei nicht zufriedenstellend. Dr. Hermann Sander entgegnet, daß im Vorjahr der Gemeindearzt und ein Internist ihre Tätigkeit aufgenommen haben und dadurch die Bettenauslastung im Spital St. Josefsheim 1974 bedeutend besser sein werde. Bezüglich der ärztlichen Versorgung weist er darauf hin, daß seitens der Ärztekammer eine Planstelle für einen Facharzt für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe bewilligt ist. Man habe bereits mit dem seit mehreren Jahren im Stadtspital Bludenz tätigen Arzt Dr. Nyirady Kontakt aufgenommen, der aber wegen seiner noch laufenden fachärztlichen Ausbildung erst ab 1.9.1975 in Schruns eine Praxis eröffnen könnte.

Hierzu sei es auch unumgänglich notwendig, daß im Spital St. Josefsheim entsprechende Verbesserungen geschaffen werden, damit dort auch gynäkologische Operationen durchgeführt werden können.

Die Anfrage von GV. Emil Keßler bezüglich der Niederlassung eines Kinderarztes beantwortet GV. Dr. Sander dahingehend, daß auch ein Kinderarzt in Schruns existieren könnte, wenn ihm die gesamten prophylaktischen Untersuchungen die im Zusammenhang mit der erhöhten Geburtenbeihilfe notwendig sind, übertragen würden.

Gruppe 6 Bau - Wohnungs - und Siedlungswesen:

Einnahmen	3083.000.-
Ausgaben	7080.000.-

GV. Keßler Emil urgiert dringend die rasche Fortführung der Raumplanung.

Gruppe 7 Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung:

Einnahmen	4718.000.-
Ausgaben	17571.000.-

GV. Prof. Fritz Josef macht darauf aufmerksam, daß beim Friedhof dringend Dachreparaturarbeiten durchzuführen. Es sei daher notwendig, die entsprechenden vertraglichen Vereinbarungen mit dem Pfarrherrn über die Übernahme des Friedhofes in die Verwaltung der Gemeinde baldmöglichst abzuschließen. GV. Juan Franz Josef erwidert, daß der derzeitige Gesundheitszustand des Pfarrherrn keine Verhandlungen zulasse. Man müsse versuchen, daß der Herr Kaplan Böhler in Vertretung des Pfarrherrn in dieser Angelegenheit tätig werden kann.

GV. Ganahl Edmund stellt fest, daß die vom Fremdenverkehrsausschuß eingehend beratenen und beantragten Mittel für den Ausbau der Wanderwege stark gekürzt wurden. Er schlägt daher eine Umschichtung der Minderausgaben für Prospekte auf den Wanderwegausbau vor.

Gruppe 8 Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen :

Einnahmen	3750.000.-
Ausgaben	3751.000.-

keine Debatte .

Gruppe 9 Finanz - und Vermögensverwaltung:

Einnahmen	16850.000.-
Ausgaben	3582.000.-

keine Debatte.

Abschließend wird der Voranschlag 1974 über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses wie folgt genehmigt:

Einnahmen aus der Vermögensgebarung:	S 14462.000.-
Einnahmen aus der Erfolgsgebarung :	S <u>36225.000.-</u>
Einnahmen der Haushaltsgebarung :	S 50687.000.-
Ausgaben aus der Vermögensgebarung :	S 4734.000.-
Ausgaben aus der Erfolgsgebarung :	S <u>46211.000.-</u>
Ausgaben der Haushaltsgebarung :	S 50945.000.-

Der sich ergebende Abgang von S 258.000.- wird durch Entnahme aus Kassabeständen gedeckt. Damit erscheint der Voranschlag 1974 mit Einnahmen und Ausgaben von je S 50945.000.- ausgeglichen.

Die Abstimmung erfolgt stimmensmehrheitlich. GV. Mühlbacher Herbert stimmt dagegen mit der Begründung, daß im Voranschlag 1974 keine Mittel für den Umweltschutz vorgesehen seien.

zu 3.) Der Dienstpostenplan 1974, welcher mit 6 Beamten und 11 Angestellten in der Hoheitsverwaltung keine Veränderung gegenüber dem Jahr 1973 erfahren hat, wird ohne Debatte einstimmig genehmigt.

zu 4.) Darlehensaufnahmen werden wie folgt einstimmig beschlossen:

- a) beim Wasserwirtschaftsfond S 2500.000.-
- b) bei der Raiffeisenbank f. Montafon
in Schruns (Hypothekariast Grundankauf
Fa. Jakob Suderell, Schruns) zu bank-
üblichen Zinsen und einer Laufzeit von
10 - 15 Jahren S 1500.000.-
- c) bei der Raiffeisenbank f. Montafon
in Schruns zu banküblichen Zinsen
und einer Laufzeit von 10 Jahren S 1000.000.-
- d) bei der Hypothekenbank des Landes
Vorarlberg zu banküblichen Zinsen
und einer Laufzeit von 10 Jahren S 5000.000.-
- e) bei der Vorarlberger Landesfeuer-
versicherungsanstalt Bregenz zu
9 % und einer Laufzeit von 10 JahrenS 2000.000.-

zu 5.) Der Vorsitzende, wie auch Vbgn. Wekerle erläutern die Vorgeschichte und die bestehende Situation bezüglich der Unterbringung des Montafoner Heimatmuseums. Wie sich dabei in mehrmaligen Verhandlungen gezeigt habe, beharren die Vertreter des Heimatschutzvereines auf ihrem Standpunkt, daß das Heimatmuseum im ehem. Gandarmariegebäude am Kirchplatz untergebracht werden müsse. In längerer und eingehender Debatte wird festgestellt, daß die Vertreter des Heimatschutzvereines wiederholt erklärt haben, daß sie nichts gegen den Willen der Gemeinde Schruns bzw. der Gemeindevertretung unternehmen werden. Die Verhandlungsergebnisse hätten jedoch das Gegenteil gezeigt. Die finanziellen Auswirkungen für die Talgemeinden seien nicht zu überblicken, da seitens des Heimatschutzvereines bei der Finanzierung eine "Illwerkespende" und das Durig-Erbe mit einbezogen werde und andererseits der Finanzaufwand für die Verlegung der Musikschule Montafon außer Acht gelassen wird. Die Marktgemeinde Schruns befindet sich in einer gewissen Zwangslage, da der Baufortschritt beim Mehrzweckhaus eine

sofortige Entscheidung verlangt. Gemeindevorstand und Finanzausschuß haben daher nach eingehender Beratung nachstehenden Antrag an die Gemeindevertretung gestellt:
" Die Marktgemeinde Schruns vertritt nach wie vor die Ansicht, daß der richtige Standort für das Montafoner Heimatmuseum im Neubau des Mehrzweckhauses wäre. Eine einvernehmliche Lösung im Sinne der Gemeinde Schruns erscheint aufgrund der abgegebenen Erklärungen unmöglich. Wegen der Verhärtung der Standpunkte zieht die Marktgemeinde Schruns das an den Stand Montafon gestellte Finanzierungsangebot zurück und überläßt die gesamte Museumsangelegenheit dem Stand Montafon. Eine Finanzierung seitens der Marktgemeinde Schruns kommt nur im Rahmen der Standesumlage in Frage, wofür die Marktgemeinde Schruns das zweckgebundene Durig - Erbe heranziehen kann."

In der abschließenden Abstimmung wird dieser Antrag stimmenehrheitlich angenommen. Jakob Schreiber, Dr. Sander Hermann, Emil Keßler und Prof. Josef Fritz stimmen dagegen mit der Begründung, daß nach ihrer Ansicht vom gefaßten Beschluß nicht abgegangen werden sollte.

In diesem Zusammenhang ergibt sich noch eine Debatte über die Verwendung des Obergeschosses im Mehrzweckhaus. Prof. Fritz verweist auf die Problematik der statistischen Aufzeichnungen über die Geburtenjahrgänge bezüglich des Klassenbedarfes für die Errichtung des 2. Klassenzuges an der Hauptschule Schruns. (Verlegung d. Gemeindeverwaltung).

zu 6.) In den Jagdausschuß werden gemäß § 16 Jagdgesetz LGBl. Nr.8/1945 auf die Dauer von sieben Jahren einstimmig gewählt:

ÖVP: Erhart Ludwig, Schruns 766
Schnetzler Ludwig, Schruns 303
Ersatzmänner:
Stemer Thilbert, Schruns 321
Asmann Elias, Schruns 131

ORTSPARTEI:

Gantner Christian, Schruns 60
Ersatzmann:
Bitschnau Arnold, Schruns 693

SPÖ: Bitschnau Werner, Schruns 718
Ersatzmann:

Durig Werner, Schruns 194

FPÖ: Konzett Manfred, Schruns 282

zu 7.) Die Gemeindeverwaltung wird angewiesen, die notwendigen Vorarbeiten für die Umstellung der derzeitigen Finanzbuchhaltung auf einen Kleincomputer durchzuführen. Dieser Antrag von Vbgm. Wekerle wird einstimmig angenommen.

zu 8.) Nach einer vom Gemeindebautechniker erstellten Zusammenstellung der Ablösesumme für Erhart Ludwig, beträgt die Gesamtablösesumme S 808.000.-. Von diesem Betrag hat die Marktgemeinde Schruns S 472.250.- S und das Land Vorarlberg S 335.750.- zu bezahlen. Der Grundbesitzer Erhart Ludwig hat einen Zusatz - Grundeinlösungsvertrag am 12.3.1974 unterzeichnet und beantragt nun eine zusätzliche Wertesicherung der Ablösesumme von 1971 (Zeitpunkt der Grundinanspruchnahme) bis 1974. Nach Abgabe einer diesbezüglichen Stellungnahme verläßt GR. Erhart Ludwig wegen Befangenheit den Sitzungsraum.
Vbgm. Wekerle vertritt die Ansicht, daß mit den im Ver-

trag aufgenommenen Mehrleistungen von S 10.-/m² die Wertminderung abgefangen wäre. GV. Kieber Ludwig verweist auf den besonderen Härtefall und ist der Meinung, daß ein Betrag von S 50.000.- zusätzlich, wie von Erhart beantragt, zu verantworten wäre.

Über Antrag von GV. Brugger Georg wird stimmenehrheitlich dem Grundablösungsvertrag die Zustimmung erteilt.

Bezüglich der Wertsicherung sollen nochmals mit Erhart Verhandlungsgespräche geführt werden.

(Gegenstimme Kieber Ludwig mit Begründung wie obenstehend).

Gegen die Verhandlungsschrift über die vorausgegangene 30. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

Ende der Beratung: 01.00 Uhr

Der Schriftführer:

GSekr.



Der Vorsitzende:

Bürgermeister

